

Rückblick Juni-Sitzung

Altes Schulsystem aufbrechen! Für mehr integrierte Gesamtschulen in Osnabrück!

Mit unserem [Änderungsantrag](#) fordern wir, dass im Beschluss ganz klar signalisiert wird, dass es der politische Wille ist, im Süden der Stadt eine Integrierte Gesamtschule zu errichten! Der Kompromiss der hier zugunsten einer breiten politischen Mehrheit eingegangen wird, findet zu Lasten eines sinnvollen und gerechten Umbaus der Schulen im SEK I Bereich statt.

Wir bleiben dabei: **Das Modell der Integrierten Gesamtschule ist als einziges Modell zukunftsfähig.** Nur durch flächendeckende Integrierte Gesamtschulen wird die Vielseitigkeit der Schüler*innen geschätzt und funktionierende Inklusion ermöglicht. Im veralteten dreigliedrigen Schulsystem, sowie im Modell der Oberschulen, zeigt sich die soziale Ungleichheit unserer Gesellschaft und wird durch diese trennenden Systeme zementiert. Durch die frühzeitige Zuteilung der Schüler*innen in die verschiedenen Schulen – sei es nun Hauptschule, Realschule und Gymnasium oder Oberschule und Gymnasium – werden die Aufstiegsmöglichkeiten beschränkt und die Polarisierung der Gesellschaft bereits im Kindesalter zugespitzt. Es kann nicht sein, dass unser Schulsystem unsere Kinder bereits im Grundschulalter nach Verwertungslogik und Nützlichkeitsüberlegungen einsortiert! Echte Chancengleichheit wird es in diesem selektiven Schulsystem nicht geben. Wir sehen aber genau diesen Punkt als fundamental wichtig für eine Gesellschaft an. Es braucht für unsere Kinder konsequente Inklusion und Chancengleichheit im Bildungssystem!

Investor Unbail Rodamco steigt am Neumarkt aus - Kein Verlass auf private Renditejäger!

Dass der Investor nun nach Jahren des Stillstands von heute auf morgen abgesprungen ist, ist sicherlich eine herbe Enttäuschung. Auch die Informationspolitik darüber war von Seiten des Oberbürgermeisters gegenüber den Fraktionen überaus unglücklich. Wir müssen jetzt aber auch Unibail Rodamco an den Tisch holen und Rechenschaft für die einsame Entscheidung einfordern. Von der Stadtverwaltung sind die Verträge dahingehend zu prüfen, wie wir die Entscheidungshoheit über diesen wichtigen Ort zurückbekommen können.

Für uns zeigt sich hier wieder deutlich, dass wir uns auf private Renditejäger bei so wichtigen Stadtentwicklungsprojekten nicht verlassen können! Bereits zum damaligen Zeitpunkt hat die Beteiligung eines Investors kein Hochgefühl bei uns ausgelöst. Wir haben uns aber seinerzeit dazu entschieden, das Projekt des Einkaufszentrums mitzutragen, in der Hoffnung das sich so endlich mal etwas bewegt am Neumarkt. Vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass sich das Grundstück auch seinerzeit nicht im Eigentum der Stadt befand. Die Entscheidung auf einen privaten Großinvestor zu vertrauen hat sich als Fehler herausgestellt. Nun gilt es den Blick nach vorne zu richten und gemeinsam mit der Osnabrücker Bevölke-



rung einen Plan B umzusetzen. Die Konzepte, die im Jahr 2017 von der „Konzeptgruppe Plan B“ entwickelt wurden, sind hier sicherlich ein wichtiger Grundstein, den es jetzt gemeinsam weiter zu entwickeln gilt. Ein so zentraler Platz wie der Neumarkt muss dem Gemeinwohl dienen. Es wird Zeit hier gemeinsam diesen Schandfleck zu beseitigen und den Neumarkt weiter umzugestalten. Wir brauchen ein Umsetzungskonzept und zwar jetzt!

Chance auf faire Grundsteuer vergeben! GroKo erneut wirkungsschwach!

Die Grundsteuerreform der Bundesregierung ist leider völlig schiefgelaufen. Die Öffnungsklausel, die es den Ländern ermöglicht eigene Regelungen zu treffen, hat es auf Druck der CSU in die Reform geschafft. Das führt zu einem bundesdeutschen Flickenteppich, der schlimmstenfalls einen Grundsteuer-Wettbewerb zwischen den Ländern zur Folge hat. Auch das die Grundsteuer den Wert der Gebäude nicht mitberücksichtigt ist ein großer Mangel dieses Kompromissvorschlags. Und die Grundsteuer kann auch in Zukunft als Betriebskosten auf die Mieter*innen umgelegt werden—das ist überhaupt nicht tragbar! Es braucht eine Grundsteuer, die flächendeckend gilt, die auch den Wert von Immobilien berücksichtigt und die vor allem nicht die Mieter*innen weiter belastet, sondern bei den Eigentümer*innen ansetzt! Es ist natürlich wichtig, dass es überhaupt zu einer Reform der Grundsteuer kommt, da ansonsten die Gefahr bestehen würde, dass die Kommunen eine wichtige Einnahmequelle verlieren—die Reform der GroKo aus Berlin verspielt aber leider die Chance einer gerechteren und besseren Grundsteuer!

Für uns im Rat

Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)

0152/56750888

Heidi Reichinnek

0170/4060502

Fraktionsgeschäftsstelle

Anke Kuhn und Lars Wöllecke

Zimmer 19, Bierstraße 29/31

Telefon:

0541/323 4595

eMail:

linksfraktion@osnabrueck.de